

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dr. Nöll v. d. Nahmer, Dr. Nowack,
Neumayer, Dr. Atzenroth, Dr. Blank, Dr. Wellhausen,
Dr. Oellers und Genossen

betr.: Vereinheitlichung des Rückerstattungsrechtes.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird gebeten, gemäß Ziffer 4 in Verbindung mit Ziffer 2 b des Besatzungsstatutes die Besatzungsbehörden um ihr Einverständnis zu bitten, daß ein Bundesgesetz betreffend Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte erlassen wird, mit dessen Inkrafttreten die jetzt in den drei Besatzungszonen geltenden Gesetze der jeweiligen Militärregierung aufzuheben wären. Bis zum Inkrafttreten des einheitlichen Bundesgesetzes sollten die schwebenden Verfahren ausgesetzt werden.

Bonn, den 4. November 1949

Dr. Dr. Nöll v. d. Nahmer	Dr. Pfeleiderer
Dr. Nowack	Dr. Blank
Neumayer	Dr. von Golitschek
Juncker	Dr. Hoffmann
Stahl	Dr. Wellhausen
Dr. Atzenroth	Dr. Becker
Dr. Reif	Dr. Schneider
Mende	Euler
Dr. Kneipp	Dr. Oellers
Dr. Middelhauve	Margulies
Dr. Preiss	Kühn